



# kurz berichtet

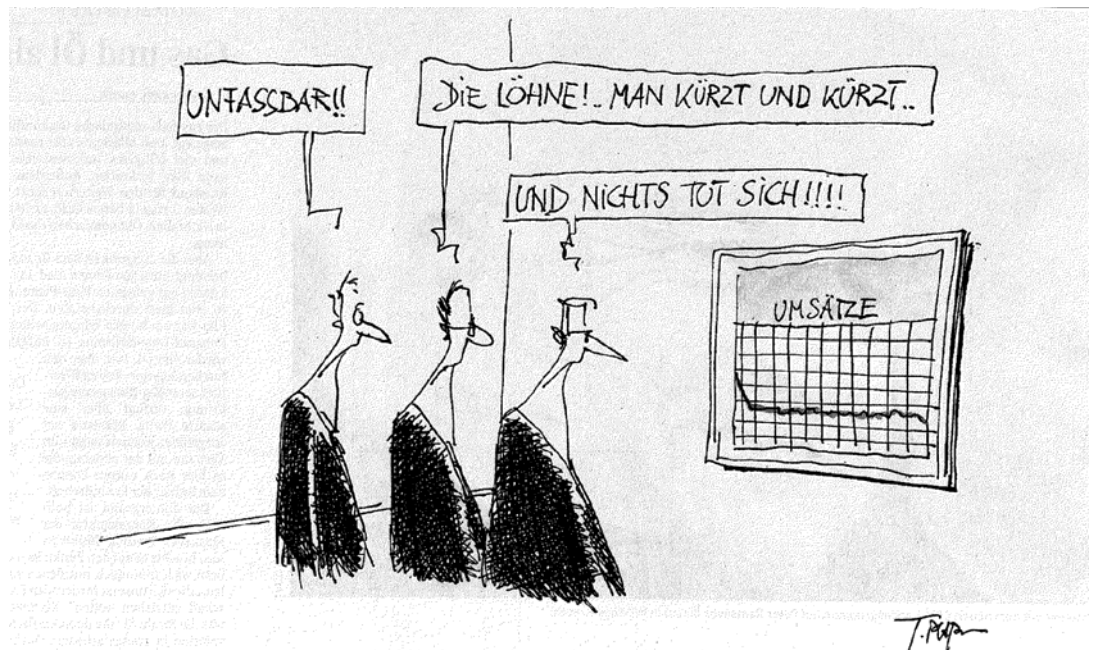
Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Januar 2006

## Inhalt:

1. Verteilungs-Ungerechtigkeit steigt
2. DGB startet Fotowettbewerb zum Thema „Würde des Menschen“:
3. Bundeswehr / Fußball-Weltmeisterschaft
4. Kombilohn nur Strohfeuer
5. Anrechnung von Bewährungszeiten nach dem Bundesangestelltentarif
6. Leserbrief: Weihnachtsgrüße aus dem Kosovo
7. Hallo, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
8. Zur Erinnerung

### 1. Verteilungs-Ungerechtigkeit steigt



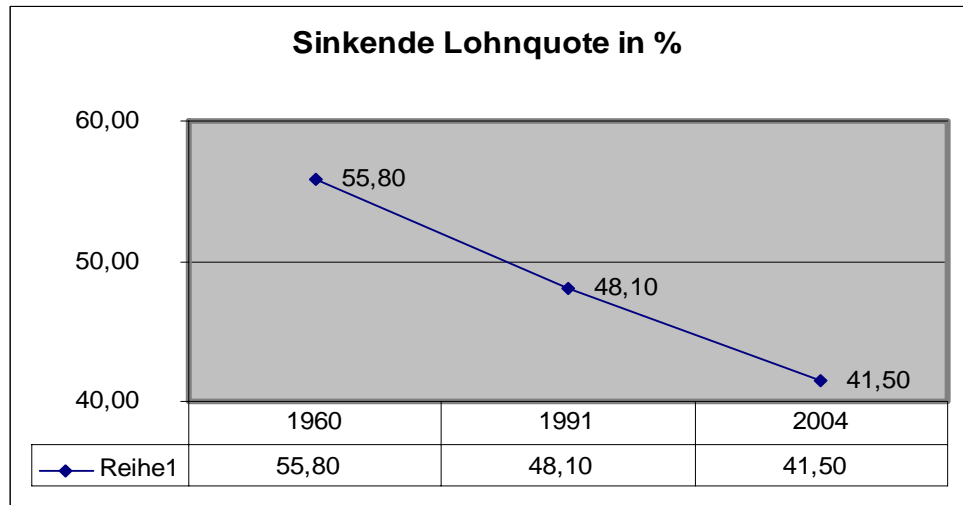
[Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Michael Plassmann, Frankfurter Rundschau]

Die gähnende Leere, die uns beim Blick ins Portemonnaie entgegenblickt, lässt sich an Hand von statistischen Daten als eine uns alle betreffende, dauerhafte Tendenz darstellen.

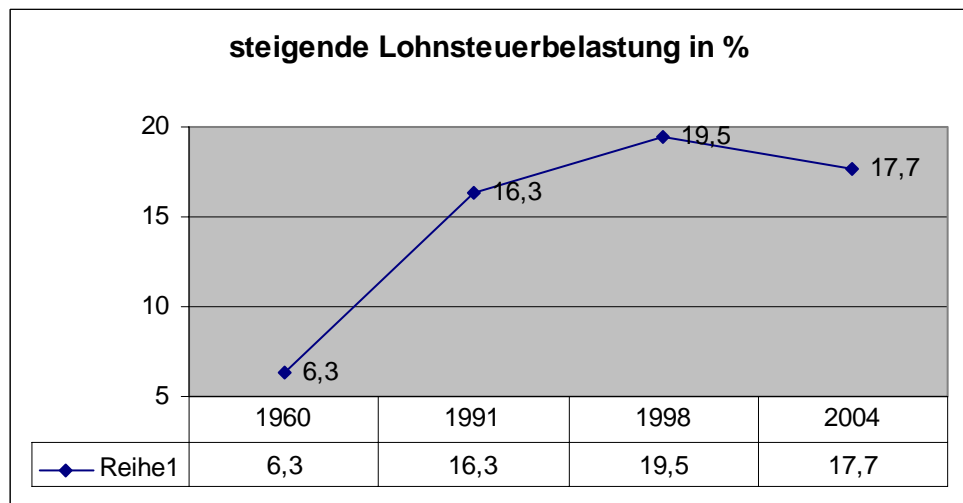
Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die langfristige Entwicklung der Einkommen von denen da 'oben' (aus Vermögen und Unternehmertätigkeit) und uns da 'unten' (Lohn und Gehalt) und die dazu gehörenden Abgaben gegenüber gestellt. Auch in



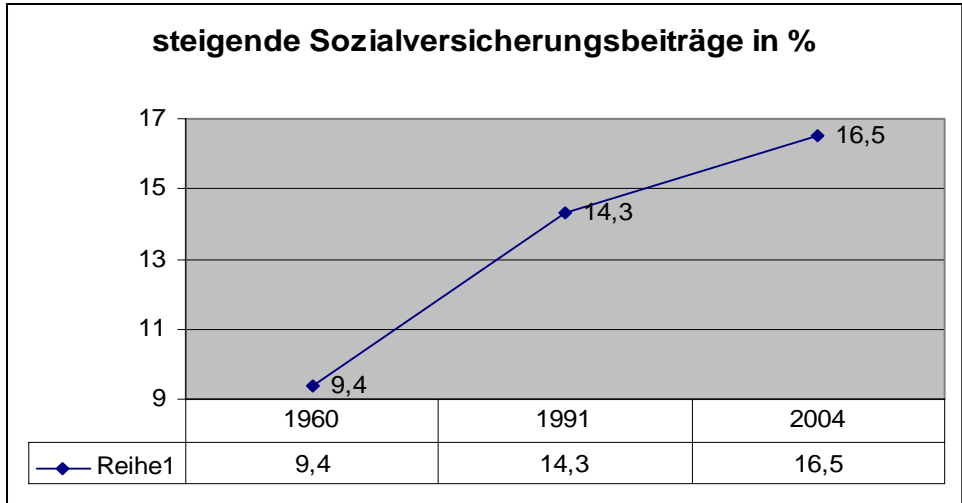
den Zeiten von rot-grün hat sich an der Tendenz der Umverteilung zu Gunsten der Reichen nichts geändert.



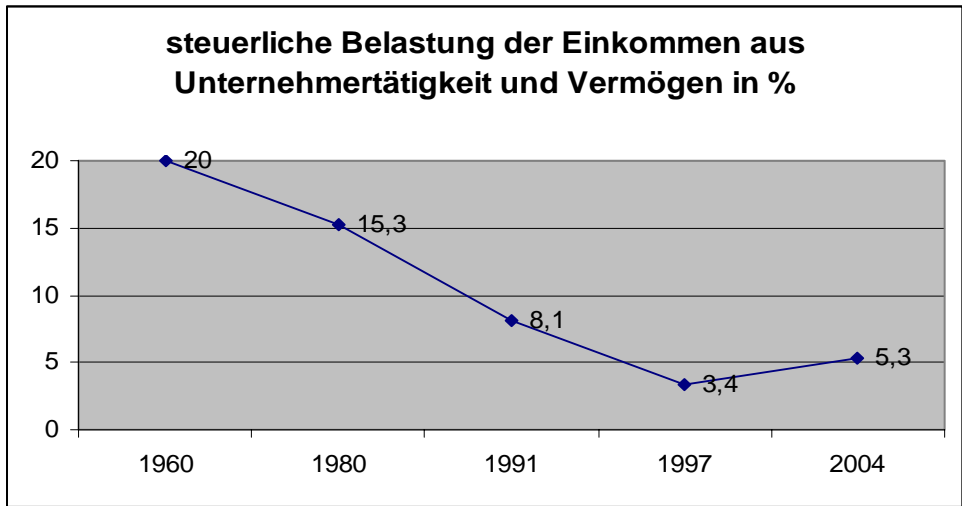
Die Netto-Lohnquote, die man mit dem Kaufkraftpotenzial der Arbeitseinkommen gleichsetzen kann, ist drastisch von 48,1 Prozent des privat verfügbaren Volkseinkommens im Jahr 1991 auf nur noch 41,5 Prozent 2004 gesunken. Wie stark die Arbeitseinkommen seit langem zurückfallen, zeigt der Vergleich über mehrere Jahrzehnte: 1960 betrug die Netto- Lohnquote noch 55,8 Prozent. Zu diesem Rückgang haben zunehmende Arbeitslosigkeit, ein wachsender Niedriglohnsektor und dauerhaft geringe Lohnzuwächse beigetragen.



Aber auch die öffentliche Steuer- und Abgabenpolitik hat sich verschoben. Das zeigt die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Arbeitseinkommen. Sie stieg von 6,3 Prozent 1960 auf 16,3 Prozent 1991 und 19,5 Prozent 1998. Aktuell beträgt die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung 17,7 Prozent. Die rot-grünen Steuerreformen haben also eine Entlastung von 1,8 Prozentpunkten erbracht.



Parallel stieg die durchschnittliche Belastung der Arbeitseinkommen mit Sozialversicherungsbeiträgen von 9,4 Prozent im Jahr 1960 auf 14,3 Prozent 1991 und 16,5 Prozent 2004. Die rot-grünen Senkungsbemühungen haben sich kaum ausgewirkt.



Im Gegensatz dazu ist die durchschnittliche Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit direkten Steuern durch zahlreiche politische Maßnahmen kontinuierlich vermindert worden. 1960 betrug die Belastung noch 20 Prozent, 1980 waren es 15,3 Prozent und 1991 noch 8,1 Prozent. Bis 1997 sank die Steuerbelastung sogar auf einen Tiefststand von 3,4 Prozent. Unter der rot-grünen Regierung stieg dieser Anteil zunächst moderat, um seit 2002 wieder zurückzugehen. Zwischen 2003 und 2004 sank die Belastung von 5,5 Prozent auf nur noch 5,3 Prozent.

GdP-Vorsitzender **Ernst Scharbach**: *"Da muss es doch wirklich niemanden wundern, warum die Binnenkonjunktur nicht mehr in Fahrt kommt! Die Menschen können immer weniger Geld im Inland ausgeben, weil man massiv Geld von unten nach oben umverteilt hat."*

## 2. Grüne: Trierer Polizeipräsidium abreißen statt sanieren

Der Trierer Landtagsabgeordnete **Reiner Marz** (B90 / Die Grünen) hat Innenminister Karl Peter Bruch in einem Brief aufgefordert, eine Entscheidung für den Abriss des alten Trierer Polizeipräsidioms und einen Neubau zu treffen. Marz begründet



dies mit den aus seiner Sicht unzumutbaren Arbeitsbedingen bei der Trierer Polizei, die infolge der Räumung des Gebäudes auf Provisorien zurückgreifen müssen.

Nachdem bei Polizistinnen, Polizisten und Angestellten des Präsidiums gesundheitliche Störungen aufgetreten waren, war das Gebäude geräumt worden. Die Diskussion um eine Sanierung hält **Marz** "für nicht hilfreich", da man auch in diesem Falle nicht sicherstellen könne, dass es zu keinen weiteren Beeinträchtigungen kommt: *"Statt unkalkulierbar viel Geld in eine Sanierung des Gebäudes zu stecken, muss jetzt sein Abriss und ein Neubau beschlossen werden, damit die Trier Polizei in absehbarer Zeit wieder unter zumutbaren Bedingungen arbeiten kann"*.

### **3. DGB startet Fotowettbewerb zum Thema „Würde des Menschen“:**

„Wie sieht Würde aus?“ Das ist der Titel des Fotowettbewerbs, zu dem der DGB im Vorfeld des 18. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses einlädt. Ziel ist es, sich dem Thema des Kongresses „Die Würde des Menschen ist unser Maßstab“ kreativ zu nähern. Die Jury ist u.a. mit den renommierten Altstars der Fotobranche, Robert Lebeck und Jupp Darchinger, besetzt. Einsendeschluss ist der 28. Februar 2006.

[http://www.dgb.de/homepage\\_kurztexte/fotowettbewerb.htm](http://www.dgb.de/homepage_kurztexte/fotowettbewerb.htm)

### **4. Bundeswehr / Fußball-Weltmeisterschaft**

MdL **Peter Enders** (CDU) forderte den Einsatz von Soldaten zur Fußball-Weltmeisterschaft.



Ministerpräsident **Kurt Beck** lehnte eine Grundgesetzänderung ab. Das Gesetz erlaube Einsätze der Bundeswehr bei Naturkatastrophen zur Rettung und Evakuierung. Diese bewährte Lage wolle er nicht ändern.

MdL **Manfred Nink** (SPD) macht noch einmal klar, dass eine Begrüßung der Fußball-Fans aus aller Welt nicht auf militärische Weise geschehen könne. *„Soldaten sind schließlich keine Hilfspolizei und ich glaube auch nicht, dass wir eine solche zu dieser Gelegenheit brauchen“*.

### **5. Kombilohn nur Strohfeuer**

In Rheinland-Pfalz waren im Dezember 2005 168.500 Männer und Frauen arbeitslos. Insgesamt konnte die Arbeitslosenquote in dem vergangenen Jahr nicht verringert werden, sie lag im Durchschnitt bei 22.900 Arbeitslosen oder 14,8% mehr als 2004. *„Der Arbeitsmarkt tritt auf der Stelle, die Erwerbslosen sind die Verlierer der bisherigen Arbeitsmarktreformen. Von ihnen wurde viel gefordert, ohne eine Jobwende hinzubekommen,“* so der rheinland-pfälzische DGB-Landesvorsitzende, **Dietmar Muscheid**.

*„Die große Koalition hat noch kein Konzept, um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu schaffen. Auch die Debatte um die Kombilöhne ist nur ein Strohfeuer. Die schon existierenden Modelle subventionierter Löhne wie Gehaltsergänzung, Einstiegsgeld, Eingliederungs- und Einstellungszuschuss, Ein-Euro-Jobs oder die erhöhten Zuverdienstmöglichkeiten, konnten keine nachhaltige Belegung des Arbeitsmarktes erreichen.“*

Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse und die Zunahme prekärer Jobs zeigen vielmehr, dass reguläre Arbeitsplätze in Minijobs und andere neue, z.T. staatlich subventionierte Erwerbsformen umgewandelt worden seien und Nutznießer Mitnahmeeffekte realisiert haben. Um dies zu stoppen, müsse auf jeden Fall ein Mindestlohn eingeführt und die Anzahl der Minijobber in einem Betrieb begrenzt werden, so **Muscheid**.



## **6. Anrechnung von Bewährungszeiten nach dem Bundesangestelltentarif**

§ 23a BAT regelt den Bewährungsaufstieg für Angestellte im Bereich der Länder. Die Regelung besagt u.a., dass bei Unterbrechung der Bewährungszeit von insgesamt mehr als fünf Jahren wegen Kinderbetreuung die bisher erbrachten Zeiten verloren gehen (Beisp. Schreibkraft: zehn Jahre Bewährungszeit erbracht, fünf Jahre und zwei Tage Beurlaubung zur Kinderbetreuung, die erbrachten zehn Jahre gehen verloren). Hierin sieht die GdP für die Betroffenen eine Benachteiligung durch die Wahrnehmung von Familienpflichten. Das Bundesministerium hat darauf reagiert und eine tarifliche Regelung getroffen, die sich auf das Bundesgleichstellungsgesetz bezieht und eine solche Benachteiligung nicht mehr zulässt. Die GdP hat Herrn Ministerpräsidenten Kurt Beck angeschrieben und um eine Prüfung des Sachverhalts bzw. um die Umsetzung der Regelung des BMI für das Land Rheinland-Pfalz gebeten. Eine Antwort steht noch aus.

## **7. Leserbriefe**

### **Weihnachtsgrüße aus dem Kosovo**

Hallo Ernst,

vielen Dank fuer den netten Brief und die Geschenke. (...)

Wir, d.h., ein Kollege der 3 SE und ich, sind im Special Team Six untergekommen, der Spezialeinheit der UNO im Kosovo. Hier "dienen" Slowenen, Oesterreicher, Norweger und Deutsche.

Zur Zeit werden viele Aufgaben auf die lokale Polizei (KPS) uebertragen. Wir haben im Team allerdings noch keinen einheimischen Kollegen. Das ist allerdings auch nur eine Frage der Zeit.

Dir und Deiner Familie die besten Wuensche zu Weihnachten und fuer das neue Jahr 2006, das sicherlich einiges an Aufgaben und Aufregung mit sich bringen wird.

Liebe Gruesse,

Walter Schmitz

### **Hallo, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

ich befinde mich wie eine Kollegin und sieben weitere Kollegen aus Rheinland-Pfalz seit dem 18.11.2005 im Kosovo und nehme an der Multinationalen Friedensmission der UN teil. (...)

Die ersten Tage habe ich damit verbracht, Tests der UN zu absolvieren (Englischtest, Fahrprüfung, Schießtest). Wir bekamen Unterricht bezüglich "international police standards". (...) Für uns als Deutsche ist dieser Unterricht natürlich mehr als langweilig, weil diese Standards bei uns Gesetz oder zumindest Dienstpflichten und keine "Verhaltensmaßregeln" darstellen. Aber da hier 48 Nationen aus vier Kontinenten eingebunden sind, erscheint es doch irgendwo sinnvoll, die Polizisten zu briefen. Schließlich sind fast alle Mentalitäten und alle Religionsarten vertreten. Und da in einigen Ländern z.B. die Gleichstellung der Frau oder die Achtung der Menschenrechte kein Standard darstellt, muss diese Unterweisung wohl sein. (...)

Ich teile mir meine Wohnung zusammen mit einem Kollegen aus Baden-Württemberg (Mannheim). Jeder von uns zahlt 200,- Euro pro Monat für ein eigenes Zimmer, ein gemeinsames Bad, ein Wohnzimmer und eine Küche. In der Küche steht solch ein alter Ofen mit einer großen Herdplatte. Damit ermöglicht er uns, auch bei Stromausfall zumindest eine warme Suppe zu kochen. Wie bei Großmüttern...! (...)



Das Land hat sich seit meiner letzten Mission im Jahre 2000 ganz extrem verändert. Man sieht, dass das viele Geld, das die UN in das Land investiert hat, auch Fortschritte mit sich bringt. (...) Die Arbeitslosenquote im Kosovo beträgt 80 %. Die würden sich nach Frau Merkels Arbeitslosenstatistik die Finger lecken...! (...) Einhergehend mit dieser extremen Arbeitslosigkeit ist die Verbrechensrate. In der Woche von Sonntag, 27.11. bis Samstag, 03.12. ereigneten sich im Kosovo (halb so groß wie Rheinland-Pfalz):



- 4 Morde, davon ein Raubmord
- 17 Mordversuche (bei denen die Opfer teilweise derart stark verletzt wurden, dass mit ihrem Ableben gerechnet werden musste),
- ein Mordversuch auf einen kosovarischen Polizisten
- ein Raketenwerfer-Anschlag auf einen Bus, der mit 11 Personen besetzt war (das Projektil durchschlug die Karosserie des Fahrzeugs und blieb im Innenraum stecken, ohne zu explodieren.)

Bei den oben genannten Taten wurden folgende Waffen benutzt:

- ein Raketenwerfer
- 5 Handgranaten,
- 10 Maschinengewehre
- 11 Handfeuerwaffen
- eine Schrotflinte. (...)

Ich habe das Glück, dass ich über Weihnachten nach Hause fliegen darf. Meine Frau und mein Sohn sind genau wie ich überglücklich, dass ich an den Feiertagen zu Hause bin. Deshalb werde ich aber Silvester hier im Kosovo verbringen müssen. Man kann eben nicht alles haben...!

Ich wünsche allen Kollegen und deren Familien ein harmonisches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2006; verbunden mit den besten Wünschen, vor allem jedoch Glück und Gesundheit für das neue Jahr!

Mit kollegialem Gruß,

Peter Konrad.

[Die Langfassung des Berichts kann bei der GdP abgerufen werden.]

## **8. Zur Erinnerung**

Am 3. April 2003 haben die Regierungsfractionen von SPD und FDP die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für PolizistInnen in Rheinland-Pfalz auf 63 bzw. 65 Jahre beschlossen.

Auto kaufen?

Verreisen?

PSW 06131/96009-23 oder -31

Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www").

v.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

[gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)